

INHALT

Klinikum Mitte

Die CDU hat den vermuteten Skandal nicht gefunden. **S. 2**

Bildung

Für Bildung stehen 17 Millionen Euro dauerhaft mehr bereit. **S. 3**

Grünes Bremen

Mit dem neuen F-Plan wächst Bremen nachhaltig. **S. 4**

Sprachförderung wird verbessert

Mit einem Modellprojekt an fünf Standorten erprobt Bremen die durchgängige Sprachförderung in Kindergarten und Grundschule. Damit wird ein wichtiger Baustein des Konzeptes zur engeren Verzahnung von Kita und Schule umgesetzt, das die Grünen-Fraktion vorgelegt hatte. Um die Sprachförderung zu verbessern, sind folgende Kernpunkte vorgesehen: LehrerInnen werden auch in der Kita eingesetzt, während ErzieherInnen die Kinder auch in der ersten Klasse begleiten. Die Leistungsdokumentation für das Kind wird gemeinsam erstellt. Auch die Beratung und Einbeziehung der Eltern erfolgt zusammen. Mit der besser abgestimmten Sprachförderung werden Kinder dort abgeholt, wo sie stehen. Die Kooperation bei der Sprachförderung ist ein entscheidender Punkt für die erfolgreiche Entwicklung der Kinder.



Klimaschutz wird verbindlich

Um die rasante Erderwärmung mit ihren katastrophalen Folgen einzudämmen, muss auch Bremen den Klimaschutz verstärken. Das ist schon allein eine Frage der globalen Verantwortung, liegt aber auch im ureigensten Interesse: Schließlich drohen hier heftige Stürme, mehr Starkregen, Hochwasser und Hitzewellen – überschwemmte Keller und zerstörte Dächer, überflutete Straßen mit starken Einschränkungen auch für Wirtschaftsverkehr oder gesundheitliche Belastungen älterer Menschen sind möglich. Deshalb wird der Klimaschutz jetzt gesetzlich verankert.

Das Klimaschutzgesetz sieht u. a. vor, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2050 Strom und Wärme komplett aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. „Die Einhaltung der Klimaszutzziele wird damit rechtlich verbindlich. Zugleich wird eine Erfolgskontrolle

verankert, um das notwendige Nachsteuern zu gewährleisten, falls die Klimaschutzmaßnahmen nicht die gewünschte Wirkung entfalten. Mit dem wissenschaftlichen Beirat wird es erstmals auch ein unabhängiges Beratungsgremium geben, das die Bremer Klimaschutzanstrengungen kritisch im Blick behält“, erläutert die klimapolitische Sprecherin Anne Schierenbeck.

Um den CO₂-Ausstoß zu verringern, setzt Bremen auf energieeffizientes Sanieren und Bauen, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und eine klimaschonende Verkehrswende. Da in Bremen gut 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes auf das Konto der Industrie gehen, werben die Grünen auch für energiesparsameres Wirtschaften. „Das ist für Unternehmen nicht nur wegen der Kosteneinsparung von Vorteil. Auch die Industrie ist auf Klimaschutz angewiesen, damit die Infrastruktur intakt bleibt“, so Anne Schierenbeck.

CDU neben der Spur

Der Untersuchungsausschuss zu den gestiegenen Kosten beim Neubau des Klinikums Mitte hat keinen einzigen Beleg für politisches Fehlverhalten erbracht.

Nach der Durchsicht von über 460 Akten und der Vernehmung von über 30 Beteiligten und Sachverständigen im Untersuchungsausschuss steht am Ende der Beweisaufnahme fest: Die gestiegenen Kosten beim Neubau des Klinikums Mitte haben einige Gründe, einen Beleg für politisches Fehlverhalten gibt es jedoch nicht. Die wilden Spekulationen der CDU haben sich als haltlos erwiesen und kosten die SteuerzahlerInnen fast eine halbe Million Euro, wie der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Björn Fecker, im Interview erläutert.

Welchen ‚politischen Skandal‘ hat die CDU mit dem Untersuchungsausschuss ‚aufgedeckt‘?

Björn Fecker: Es gibt keinen einzigen Hinweis, weder in den Akten noch in den Beweisaufnahmen, dass hinter den Kostensteigerungen ein politischer Skandal steckt. Auch die Beendigung des PPP-Verfahrens, also die damalige Absicht von SPD und CDU das Krankenhaus mit einem privaten Partner zu bauen und sich Jahrzehnte an ihn zu binden, wurde nicht willkürlich betrieben, wie zu Beginn behauptet. Wenn niemand zu den Konditionen, die die CDU 2006 im Senat mitbeschlossen hat, ein Angebot abgibt, dann ist ein Verfahren auch irgendwann mal beendet. Die Aufsicht durch die Gesundheitsbehörde erfolgte korrekt und der Aufsichtsrat wurde über die jeweiligen Probleme und Auswirkungen laufend und



Björn Fecker,
stellv. Fraktionsvorsitzender

ausführlich informiert.

Hat denn wenigstens ein Sachverständiger die markige CDU-Forderung, den Generalplaner mal eben rauszuwerfen, geteilt?

Auch da eine glatte Pleite für die Christdemokraten. Es gab durchaus viel Kritik an der Leistung des Generalplaners. Da ist auch sicherlich etwas dran, das sollte man nicht beschönigen. Aber alle Zeugen oder Sachverständigen haben klar zum Aus-

„Die CDU hat sich auf Kosten der SteuerzahlerInnen verzockt.“

Björn Fecker

druck gebracht, dass eine Entlassung des Generalplaners keine Alternative ist. Der Bauherr verliert viel Planungssachverstand und muss ein aufwendiges Vergabeverfahren noch einmal neu starten. Der neue Planer, falls man denn überhaupt einen findet, muss sich dann die bisher geleistete Arbeit ansehen und das Projekt quasi neu aufsetzen. Einen solchen Stillstand am Bau, horrende Mehrkosten und Verschiebung der Inbetriebnahme ins Nirwana kann niemand ernsthaft wollen.

Kein Schmutz, kein Skandal, kein Rückhalt bei den Sachverständigen – hat sich die CDU mit der Einsetzung eines teuren Untersuchungsausschusses mit Blick auf die Wahl verzockt?

Die CDU hat sich verzockt und damit den Steuerzahler mal eben wahrscheinlich knapp 500.000 EUR gekostet. Mit markigen Worten hat die CDU im Parlament zum Großangriff auf Bürgermeisterin Karoline Linnert geblasen und am Ende maximal ein laues Lüftchen zustande bekommen. Kein Beleg für die vollmundig vorgetragenen Angriffe, keine Erkenntnisse in der Vernehmung. Es ist doch schon bezeichnend, wenn sich die CDU nach der letzten Beweisaufnahme noch nicht einmal sicher ist, ob sie überhaupt einen Rücktritt von irgendwem fordern soll. Planlos ist für dieses Vorgehen noch geschmeichelt.

Gleichwohl wird der Krankenhausneubau deutlich später fertig und fast 70 Millionen Euro

teurer als ursprünglich geplant. Woran liegt das?

Es wäre falsch zu behaupten, auf dieser Baustelle gäbe es keine Probleme. Da braucht man nichts schönzureden. Wie so oft hilft aber auch dort eine sachliche Analyse. Es gibt Kostensteigerungen, die nicht nur vertretbar sondern notwendig sind. Wenn zum Beispiel Teile des Krankenhauses umgeplant werden müssen, weil der Keimskandal in der Neonatologie deutlich gemacht hat, dass an Krankenhäusern der Kampf gegen gefährliche Keime von ganz besonderer Bedeutung ist, dann sind das zusätzliche Investitionen, die sinnvoll sind. Oder dass auf einem solch alten Gelände auf einmal Dinge im Boden gefunden werden, wie beispielsweise alte Versorgungsleitungen, die in keinen Plänen auftauchen und dann aufwendig beseitigt werden müssen. Auf der anderen Seite stehen Zeitverzögerungen und Kosten, die beispielsweise durch ein Klagen gegen Vergabeverfahren entstanden sind. Schlussendlich hat die ganze Causa ‚Trockenbau‘ nicht nur Zeit, sondern auch sehr viel Geld gekostet.

Welche Konsequenzen sind aus Sicht der Grünen für künftige Bauvorhaben dieser Größenordnung nötig?

Oberste Priorität in einem Haushaltsnotlageland muss die Forderung nach einem ‚kostenstabilen Bauen‘ haben. Die vorhandenen Baubudgets sind einzuhalten. Deshalb muss vor jedem Bauvorhaben eine sorgfältige Bedarfsermittlung, eine genaue Planung und eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorgenommen werden. Der öffentliche Bauherr ist von Beginn an personell so auszustatten, dass er seine Aufgaben schnell und fachlich fundiert wahrnehmen kann. Flache Hierarchien können zügige Entscheidungsfindungen erleichtern. Es ist eine Projektorganisation mit wenigen Schnittstellen und klaren Verantwortlichkeiten zu schaffen. Neben der ständigen Termin- und Kostenkontrolle sind zeitliche und finanzielle Risiken zeitnah transparent darzustellen. Der Einsatz eines externen Kontrolleurs zur Korruptionsvermeidung ist bei Bauvorhaben dieser Größenordnung eine sinnvolle Angelegenheit.



17 Millionen mehr für Bildung

Die Schulen und Hochschulen in Bremen und Bremerhaven erhalten dauerhaft fast 17 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich. Damit werden an den Schulen u.a. mehr VertretungslehrerInnen und mehr Personal für die Inklusion finanziert. Ebenso werden die Sprachförderung und der Ausbau von Ganztagschulen gestärkt. Die Hochschulen profitieren von einer höheren Grundfinanzierung. Zudem steht ihnen mehr Geld für die Verbesserung der Lehre zur Verfügung. Möglich wird das, weil der Bund fortan die BAFöG-Kosten komplett übernimmt.

„Die frei werdenden Haushaltsmittel fließen zu 100 Prozent in Bildung und Wissenschaft. Mit dem Geld sorgen wir dafür, dass weniger Unterricht ausfällt und die Schulen die Inklusion besser umsetzen können. Wir stärken damit die durchgängige Sprachförderung und den Ausbau der Ganztagschulen. Das sind wichtige Voraussetzungen für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen“, so der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner.

Konkret ist für die Verteilung der Gelder vorgesehen, dass drei Millionen Euro für Investitionen reserviert werden – etwa für

Sanierungen an den Hochschulen, für die bessere Ausstattung der Berufsschulen und für die Schaffung von studentischem Wohnraum. Die verbleibenden 13,78 Millionen Euro kommen zu gleichen Teilen von je 6,89 Millionen Euro den Schulen und Hochschulen zugute. Bremerhavener Schulen erhalten davon 1,3 Millionen Euro. Das entspricht dem Anteil von 20 Prozent der Seestädter SchülerInnen.

Unterrichtsausfall vermeiden

Die jährlich für Bremen verbleibenden 5,5 Millionen Euro werden u.a. dafür verwendet, die Inklusionklassen besser auszustatten. Es gibt zusätzliche LehrerInnen und Assistenzkkräfte für behinderte SchülerInnen oder solche mit Lernschwierigkeiten. Außerdem wird der Pool an VertretungslehrerInnen aufgestockt, die bei Erkrankungen oder Schwangerschaften einspringen und Unterrichtsausfall so gut wie möglich vermeiden. Darüber hinaus wird mit diesen Mitteln eine zusätzliche Ganztagschule eingerichtet. Nicht zuletzt baut die Regierungskoalition die Sprachförderangebote in den ersten und zweiten Klassen und in der Sekundarstufe 1

aus. Ebenso wird die fachsprachliche Förderung in der beruflichen Bildung ausgeweitet.

Im Wissenschaftsbereich wird die Grundfinanzierung der Universität und der drei Hochschulen um drei Millionen Euro erhöht. Die Verteilung erfolgt auf Basis der jeweiligen Studierendenzahl. In einen Zukunftsfonds für Studium und Lehre fließen 2,9 Millionen Euro. Diese Mittel können die Hochschulen für die Verbesserung der Lehre und nötige Umstrukturierungen einsetzen. Eine weitere Million Euro ist für Sonderprogramme wie zum Beispiel zur Förderung der Durchlässigkeit von Ausbildungsgängen und zur Förderung von beruflich Qualifizierten vorgesehen.

„Wir wissen um die Studienbedingungen an den Hochschulen. Wir stellen mehr Mittel bereit, damit die Hochschulen für ihre Studienplätze ausreichend Personal einstellen und den Sanierungstau an den Gebäuden schrittweise abbauen können. Für die großen Herausforderungen im Wissenschaftsbereich sind aber auch weitere Anstrengungen des Bundes nötig“, unterstreicht der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner.

Bremen bleibt grün



Das Blockland und andere Grüengebiete werden nicht bebaut.

Foto: Sonja Patzschke

Bremen ist grün und das bleibt auch so: Innenentwicklung statt Flächenfraß am Stadtrand – diese grüne Idee einer nachhaltigen Stadtentwicklung löst der neue Flächennutzungsplan ein. Dringend benötigter neuer und bezahlbarer Wohnraum entsteht dort, wo die Stadt schon bebaut ist. Dadurch wird nicht nur die Natur geschützt, sondern auch die Nachfrage zielgenau gedeckt. Denn die Menschen wollen wieder ins Herz der Stadt ziehen. Zugleich bleiben die vielen Parks, Grünanlagen und Kleingärten erhalten. Schließlich tragen sie maßgeblich zur hohen Lebensqualität in Bremen bei.

„Die Innenentwicklung ist wesentlich ökologischer als das Zubetonieren etwa der Osterholzer Feldmark, wie die CDU das wollte und die SPD das wieder ins Spiel gebracht hatte. Für den erforderlichen Bau von 1300 Wohnungen pro Jahr ist die Zerstörung der Natur nicht nötig. Das lässt sich mit der Bebauung von Gewerbe- und Brachflächen, Umnutzung leer stehender Büroimmobilien sowie Lückenbebauung bewerkstelligen“, unterstreicht der stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner. Neben bereits auf den Weg gebrachten Bauvorhaben in der Überseestadt, im Hulsberg-Viertel am Klinikum Mitte, im ehemaligen Büro-park Oberneuland, am Willakedamm in Huchting, im Mühlenviertel in Horn-Lehe

oder auf dem Dedesdorfer Platz in Walle bestehen aus Sicht der Grünen-Fraktion auch noch Möglichkeiten im vorderen Woltmershausen, in Hemelingen, im Vegesacker Zentrum und an einigen anderen Stellen. Auch Teile des Rennbahn-Areals und BWK-Geländes sind für die Grünen nicht tabu.

Diese Veränderungen in der Stadt führen mitunter auch zu Konflikten vor Ort. Beispiele dafür sind die Gartenstadt Werdersee oder auch das geplante Baugebiet an der Billungstraße in St. Magnus. „Beide Projekte sind nicht in Grünanlagen geplant. Die Gartenstadt entsteht auf bisher privaten und landwirtschaftlichen Flächen. Bei der weiteren Planung muss auf ein gutes Freiraum-Konzept geachtet werden. Das Bauvorhaben in St. Magnus geht nicht auf Kosten von Knoop's Park, sondern wird auf der größtenteils versiegelten Fläche der alten Stadtgärtnerei realisiert. Darüber geht es nicht hinaus. Gut drei Hektar des bisher umzäunten Betriebshofes werden künftig eine öffentlich nutzbare Parkfläche. Wir werben bei den engagierten BürgerInnen darum, in solchen Konflikten den konstruktiven Dialog nicht aufzugeben. Wir bleiben dafür offen. Unser Ziel ist ein für AnwohnerInnen, NeubürgerInnen und InvestorInnen tragbares und machbares Ergebnis“, bekräftigt Carsten Werner.

Damit Bremen im Zuge der Innenentwicklung auch in den Stadtteilen grün bleibt, setzt sich die Fraktion für mehr Grünanlagen ein. So sind u.a. neue Parkanlagen am Weserwehr und in der Überseestadt entstanden. „Parks und Grünanlagen sorgen für ein gutes Klima. Deshalb wollen wir nicht mehr benötigte Friedhofsflächen zu grünen Inseln in den Stadtteilen entwickeln“, erläutert die umweltpolitische Sprecherin Maïke Schaefer.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de

ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch

Fotos: Elisa Meyer, Sonja Patzschke,

iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen